



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**81. Sitzung des Bauausschusses**

Sitzungstermin:	Montag, 20.02.2023	
Sitzungsbeginn:	16:02 Uhr	
Sitzungsende:	17:57 Uhr	
Sitzungsort:	Sitzungsraum der LPA, Einsiedelstraße 6, Gebäude 96, 23554 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Christopher Lötsch - CDU		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Thomas Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Jochen Mauritz - CDU		
1. Stellvertr. Stadtpräsident Ulrich Pluschkell - SPD		
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Andreas Zander - CDU		Nur öffentlicher Teil
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Dr. Ulrich Brock - CDU		
Inko Jürrens - DIE LINKE		Vertretung für: Herrn Sascha Luetkens Stellvertr. Fraktionsvorsitzender
Carsten Biehlig - FREIE WÄHLER & GAL		Vertretung für: Herrn Carl-Wilhelm Howe
Andrea Körnich-Krombholz - BfL		
Michael Matthies - Die Unabhängigen		
Elfi Rostkowski - SPD		
Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Bernd Lutzkat - CDU		Vertretung für Herrn Zander ab dem nichtöffentlichen Teil
<b>Verwaltung</b>		
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen		
Dennis Bunk - 5.651 Gebäudemanagement		
Karsten Schröder - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung		
Steffi Wulke-Eichenberg - 5.660 Stadtgrün und Verkehr		Nur öffentlicher Teil
Katrin Bohl - 5.651 GMHL		Bis TOP 6.4.2
Michael Siemensen - 5.691 Lübeck Port Authority		Bis TOP 5.1

<b>Protokollführung</b>	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Bastian Langbehn - fraktionslos	Abwesend
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	Abwesend
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	Entschuldigt abwesend
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Carl-Wilhelm Howe - FREIE WÄHLER & GAL	Abwesend

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.01.2023	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2023	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	BW 60 Sandbergbrücke: Abbruch und Herstellung eines niveaugleichen Knotenpunkts - Projektfreigabe	<b>VO/2022/11646</b>
3.1.1	AM Pluschkell: Antrag zu Top 3.1- BW 60 Sandbergbrücke	<b>VO/2022/11646-01</b>
3.1.2	Änderungsantrag des AM Michael Matthies: zu VO/2022/11646 Punkt 2.5 und 2.6	<b>2022/11646-01-02</b>
3.2	Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck: B-Plan 32.61.00 Neue Teutendorfer Siedlung / Am Dreilingsberg	<b>VO/2022/11766</b>
3.2.1	Sascha Luetkens (DIE LINKE) Änderungsantrag zu VO/2022/11766: Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck: B-Plan 32.61.00 Neue Teutendorfer Siedlung / Am Dreilingsberg	<b>VO/2022/11766-02</b>
3.2.2	Austauschvorlage zur VO/2022/11766: Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck: B-Plan 32.61.00 Neue Teutendorfer Siedlung / Am Dreilingsberg	<b>VO/2022/11766-01</b>
3.3	Bebauungsplan 01.70.00 - Wallhalbinsel / Holstentorplatz - - Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB -	<b>VO/2023/11890</b>
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
4.1	Beschluss des Bauausschusses: Einhaltung der LBO und BauGB bezüglich Schottergärten	<b>VO/2022/11453-01</b>
4.1.1	AT zu AM Pluschkell: ÄA zur VO72022/11453- Schottergärten	<b>VO/2023/11919</b>
4.2	Fraktion FREIE WÄHLER & GAL: Maßnahmen zur Geschwindigkeitseinhaltung in u.a. Tempo 30 Zonen	<b>VO/2022/11241</b>
4.3	Antrag der SPD und CDU, Verkehrsberuhigung Hansering	<b>VO/2023/11815</b>
5	Berichte	

5.1	Masterplan Skandinavienkai	<b>VO/2022/11698</b>
5.2	Bericht zu alternativen Parkmöglichkeiten während der Sanierung des Parkhauses Falkenstraße	<b>2022/11551-02-01</b>
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.2	Neue Anfragen	
6.2.1	Anfrage des AM Carl Howe (GAL): Ausbesserung Geh- und Radweg entlang des Kanals	<b>VO/2023/11869</b>
6.2.2	Anfrage des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): Straßenschäden Warendorpstrasse	<b>VO/2023/11884</b>
6.2.3	Anfrage des AM Michael Matthies: Baumschäden durch Mobilfunkstrahlung	<b>VO/2023/11885</b>
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Mündliche Mitteilung (5.660): Aufhebung Radwegbenutzungspflicht Marliring	
6.4.2	Mündliche Mitteilung (5.651): Vorstellung der Maßnahme "neuer Lehrraum für den Lehrbereich Systemgastronomie" (Gewerbeschule für Nahrung und Gastronomie)	
6.4.3	Mündliche Mitteilung (5.610): Regeln zum Wohnungsmarkt in SH und Baulandmobilisierungsgesetz	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): zu VO/2022/11224 Fuß- und Radwegführung zwischen Possehlstr. und Willy-Brandt-Allee	<b>VO/2022/11224-01</b>
7.1.1	AM Pluschkell: AT zu ÄÄ zu VO/2022/11224 Fuß- und Radwegführung	<b>VO/2023/11918-03</b>
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
13.3.2	Mündliche Mitteilung: Haus Seeblick	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

<b>zu 1</b>	<b>Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen</b>
-------------	--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

- TOP 3.1.1 AM Pluschkell: Antrag zu Top 3.1- BW 60 Sandbergbrücke (VO/2022/11646-01)
- TOP 3.1.2 Änderungsantrag des AM Michael Matthies: zu VO/2022/11646 Punkt 2.5 und 2.6 (VO/2022/11646-01-02)
- TOP 3.2.1 Sascha Luetkens (DIE LINKE) Änderungsantrag zu VO/2022/11766: Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck: B-Plan 32.61.00 Neue Teutendorfer Siedlung / Am Dreilingsberg (VO/2022/11766-02)
- TOP 3.2.1 Austauschvorlage zur VO/2022/11766: Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck: B-Plan 32.61.00 Neue Teutendorfer Siedlung / Am Dreilingsberg (VO/2022/11766-01)
- TOP 3.3 Bebauungsplan 01.70.00 - Wallhalbinsel / Holstentorplatz - - Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB – (VO/2023/11890)
- TOP 4.1.1 AT zu AM Pluschkell: ÄA zur VO/2022/11453- Schottergärten (VO/2022/11453-01)
- TOP 7.1.1 AM Pluschkell: AT zu ÄA zu VO/2022/11224 Fuß- und Radwegführung (VO/2022/11224-01)

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen.

Herr Lötsch zweifelt die Dringlichkeit von TOP 3.3 an und fordert die Verwaltung auf, diese zu begründen.

Frau Hagen stellt die Gründe für die Behandlung der Vorlage im Wege der Dringlichkeit dar. Es gehe darum, die Planungshoheit der Hansestadt Lübeck zu sichern. Es sei bekannt, dass es ein städtisches Interesse am Erwerb des dortigen Bundesbankgebäudes gebe, falls dies nicht gelinge, solle ein Planungsrahmen festgesetzt werden.

Herr Lötsch fragt, ob es Interessenten gebe.

Frau Hagen verneint dies, aber der weitere Weg des Verfahrens sei unklar.

Herr Ramcke sagt, dass ihm ein derartiges Vorgehen unbekannt sei.

Frau Hagen erklärt, dass es eine Maßnahme sei, damit sich die Stadt im Vorfeld positionieren könne.

Herr Ramcke entgegnet, dass er dennoch nicht verstehe, warum dieser Weg gewählt werde.

Herr Schröder führt aus, dass der derzeitige B-Plan ein sehr weites Spektrum an Möglichkeiten zulasse und der Aufstellungsbeschluss der erste notwendige Schritt zur Sicherung von städtischen Planungszielen sei.

Herr Lötsch erwidert, dass er dennoch keine Dringlichkeit für dieses Thema sehen würde. Weiterhin werde auch immer noch auf den Bericht bzgl. der Verwaltungszentralisierung gewartet.

Der Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit von TOP 3.3 abstimmen.

Für die Dringlichkeit: 6 Stimmen

Gegen die Dringlichkeit: 8 Stimmen

*Der Bauausschuss stimmt mehrheitlich dagegen, TOP 3.3 im Wege der Dringlichkeit zu behandeln.*

Herr Lötsch beantragt, dass der Runde Tisch Radverkehr zu den Anträgen unter TOP 7.1 und TOP 7.1.1 eine Empfehlung abgeben solle und die Vorlagen bis zur Vorlage der Empfehlung vertagt werden sollen.

Herr Matthies bittet um eine Begründung für die nichtöffentliche Zuordnung von TOP 13.3.2.

Herr Lötsch fragt, ob etwas gegen eine öffentliche Behandlung spreche. Es solle darum gehen, wie das weitere Verfahren aussehe.

Herr Schröder sagt, dass dies auch öffentlich diskutiert werden könne.

Herr Lötsch erklärt, dass der TOP 13.3.2 öffentlich behandelt werden solle.

*Anmerkung zur Niederschrift: TOP 13.3.2 wird in öffentlicher Sitzung im Anschluss an TOP 6.4.3 aufgerufen.*

Herr Lötsch beantragt weiterhin die Vertagung von TOP 3.2 und TOP 3.2.1 und TOP 3.2.2.

Frau Hagen weist darauf hin, dass die Namensvorschläge bereits im Lageplan, der der Vorlage beiliege, verortet seien.

Herr Matthies berichtet, dass er eine Liste an Namensvorschlägen bekommen habe, die er gerne dem Protokoll beifügen wolle.

Herr Lötsch bittet darum, die Liste den Bauausschussmitgliedern per E-Mail weiterzuleiten.

Herr Lötsch beantragt die Vertagung von TOP 2.1, TOP 2.2, TOP 10.1 und TOP 10.2 und die Vorziehung von TOP 5.1.

Herr Pluschke erklärt, dass sich mit der Information, die die Verwaltung zugeliert habe, sein Antrag unter TOP 3.1.1 erledigt habe, aber er dennoch die Vertagung des TOP beantrage.

Herr Ramcke bittet darum, dass die Verwaltung zur Sandbergbrücke eine Darstellung der einzelnen Verkehrsbeziehungen liefere, in der angegeben sei, welche Qualität diese hätten. Frau Hagen sagt dies zu.

*Der Bauausschuss beschließt einstimmig die beantragte Erweiterung der Tagesordnung unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit, die Vorziehung, Vertagung sowie die nichtöffentliche Behandlung der hierfür jeweils vorgesehenen TOP.*

<b>zu 2      Genehmigung der Niederschrift</b>
--

**zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.01.2023**

Gemäß TOP 1 vertagt.

**zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.02.2023**

Gemäß TOP 1 vertagt.

**zu 3 Beschlussvorlagen**

**zu 3.1 BW 60 Sandbergbrücke: Abbruch und Herstellung eines niveaugleichen Knotenpunkts - Projektfreigabe  
Vorlage: VO/2022/11646**

Gemäß TOP 1 vertagt

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 3.1.1 AM Pluschkell: Antrag zu Top 3.1- BW 60 Sandbergbrücke  
Vorlage: VO/2022/11646-01**

Der Antragsteller hat seinen Antrag unter TOP 1 zurückgezogen.

**zu 3.1.2 Änderungsantrag des AM Michael Matthies: zu VO/2022/11646 Punkt 2.5 und 2.6  
Vorlage: 2022/11646-01-02**

Gemäß TOP 1 vertagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 3.2 Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck: B-Plan 32.61.00  
Neue Teutendorfer Siedlung / Am Dreilingsberg  
Vorlage: VO/2022/11766**

Die Vorlage wird durch die Verwaltung zurückgezogen und durch VO/2023/11766-01 ausgetauscht.

**zu 3.2.1 Sascha Luetkens (DIE LINKE) Änderungsantrag zu VO/2022/11766: Benennung  
von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck: B-Plan 32.61.00 Neue Teuten-  
dorfer Siedlung / Am Dreilingsberg  
Vorlage: VO/2022/11766-02**

Gemäß TOP 1 vertagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 3.2.2 Austauschvorlage zur VO/2022/11766: Benennung von Verkehrsflächen in der  
Hansestadt Lübeck: B-Plan 32.61.00 Neue Teutendorfer Siedlung / Am Drei-  
lingsberg  
Vorlage: VO/2022/11766-01**

Gemäß TOP 1 vertagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 3.3      Bebauungsplan 01.70.00 - Wallhalbinsel / Holstentorplatz -  
- Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan der Innenentwicklung ge-  
mäß § 13a BauGB -  
Vorlage: VO/2023/11890**

Der TOP hat bei der Feststellung der Tagesordnung nicht die Dringlichkeit erhalten.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4            Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 4.1        Beschluss des Bauausschusses: Einhaltung der LBO und BauGB bezüglich  
Schottergärten  
Vorlage: VO/2022/11453-01**

***TOP 4.1. und TOP 4.1.1 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.***

Herr Dr. Brock erklärt, dass der Beschluss aufgrund der Ausführung des Bereich Recht gegenstandslos sei und die CDU keinen besonderen Anlass sehe, sich über die Bestimmungen der Landesbauordnung hinaus über baurechtswidrige Angelegenheiten zu äußern.

Herr Ramcke bemerkt, dass der Bereich Recht in seiner Rückmeldung deutlicher hätte benennen können, welche Probleme es mit dem gefassten Beschluss gebe. Er begrüße aber den Antrag von Herrn Pluschkell.

Herr Pluschkell begründet seinen Änderungsantrag.

Herr Lötsch bezweifelt, dass das Thema Schottergärten wichtiger sei als andere bauordnungsrechtliche Themen. Mittlerweile müsste bekannt sein, dass diese unzulässig seien.

Herr Ramcke sagt, dass Schottergärten in der Regel vom Eigentümer angelegt werden würden, nicht von Architekten, welche die Regeln dazu kennen würden.

Frau Körnich-Krombholz führt aus, dass in den meisten Bauanträgen dazu keine Ausführungen enthalten seien, daher habe die Verwaltung keinen Einfluss darauf, was die Eigentümer anlegen würden.

Herr Biehlig fragt, wer dafür zuständig sei, derartige Verfahren durchzuführen, wenn es keine entsprechende Task Force bei der Verwaltung gebe und welche Möglichkeiten die Stadt habe.

Herr Lötsch weist darauf hin, dass es hierbei eigentlich um die Heilung eines rechtswidrigen Beschlusses gehe. Er beantragt den Schluss der Rednerliste.

*Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.*

Frau Hagen erläutert, dass es sich um eine Frage der Prioritäten handle. Diese seien mit dem Innenministerium abgestimmt, und von dort gebe es die klare Ansage, dass Maßnahmen zur Gefahrenabwehr Vorrang hätten. Das Thema sei eigentlich auch nur auf der Tagesordnung, da der Bereich Recht angemahnt habe, dass der Beschluss aufgehoben oder abgeändert werden müsse. Zudem zeichne sich eine Trendwende ab; nachdem sich der Staat in der Vergangenheit aus vielen Bereichen durch Verantwortungsverlagerung zurückgezogen habe, werde nun der Ruf nach mehr ordnungsrechtlichem Durchgreifen lauter, allerdings seien die Ordnungsbehörden den entsprechenden Anforderungen häufig nicht mehr gewachsen. Daher müsse die Bauordnung Prioritäten setzen. Es sei natürlich problematisch, dass bei Bauanträgen nicht die Gestaltung der Grünfläche mit beantragt werde. Weiterhin sei es schwer zu unterscheiden, ob Schottergärten angelegt würden oder Versickerungstaudenbeete. Letztere seien zulässig und sollen in Zukunft häufiger im öffentlichen Raum zur Anwendung kommen auch, um pflegeleichte Möglichkeiten zur Flächenentsiegelung aufzuzeigen.

Herr Pluschkell sagt, dass es in seinem Antrag auch um umfangreiche Pflasterungen in Vorgärten gehe, da das Thema Flächenversiegelung auch im bebauten Raum in den Fokus gerückt werden müsse.

<b>zu 4.1.1 AT zu AM Pluschkell: ÄA zur VO72022/11453- Schottergärten Vorlage: VO/2023/11919</b>
--

**TOP 4.1. und TOP 4.1.1 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.**

**Antrag:**

Der Beschluss des Bauausschusses am 19.12.2022 unter Top 4.2- VO/ 2022/11453 Schottergärten wird wie folgt geändert:

Die Verwaltung wird gebeten, dem Bauausschuss bis Ende März 2023 zu berichten, ob und wie sie ihren Aufgaben bezüglich der Einhaltung der Bestimmungen laut § 8 LBO (Aufgaben nach Weisung) im Bereich der Hansestadt Lübeck nachkommen will.

In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung gebeten,

1. sukzessive Grundstücke zu erfassen, deren Gestaltung durch Schottergärten oder umfangreiche Pflasterung nicht den Bestimmungen der LBO und dem BauGB entspricht und somit auch den klimapolitischen Zielsetzungen der Hansestadt Lübeck zuwiderläuft.
2. die Eigentümer:innen von Vorgärten, deren Gestaltung nicht den Bestimmungen des § 8 LBO entspricht, schriftlich über die Rechtslage und Möglichkeiten einer ökologischen günstigen Umgestaltung ihrer Vorgärten zu informieren.
3. bei der positiven Beantwortung von Bauvoranfragen und Bauanträgen schriftlich über die Rechtslage gemäß § 8 LBO und die Möglichkeiten einer ökologisch günstigen Gestaltung von Vorgärten zu informieren.
4. in Fällen fortgesetzter Nichtbeachtung von § 8 LBO ggf. ein bauordnungsrechtliches Verfahren einzuleiten.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	8
	Nein-Stimmen	6
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Bauausschuss nimmt den Antrag mehrheitlich an.*

<b>zu 4.2      Fraktion FREIE WÄHLER &amp; GAL: Maßnahmen zur Geschwindigkeitseinhaltung in u.a. Tempo 30 Zonen Vorlage: VO/2022/11241</b>
--

Herr Löttsch weist darauf hin, dass der Antrag im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung bereits abgelehnt worden sei.

Herr Biehlig begründet den Antrag.

**Antrag:**

Die Verwaltung möge Vorschläge machen, was - neben Geschwindigkeitsüberwachungen - für Maßnahmen erfolgen können, um „Raser“ in Wohngebieten und in der Nähe von Schulen nachhaltig zu entschleunigen. (Erfolgreiche Beispiele aus der Hansestadt Lübeck bitte anführen.)

Die Verwaltung möge die Frage beantworten, unter welchen Voraussetzungen solche zusätzlichen Maßnahmen erfolgen können oder müssen (z.B. xx Prozent der Fahrzeuge fahren in der Straße xy zu schnell oder xx Prozent der Anwohner\*innen fordern zusätzliche Maßnahmen).

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	9
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen.*

**zu 4.3 Antrag der SPD und CDU, Verkehrsberuhigung Hansering  
Vorlage: VO/2023/11815**

Herr Biehlig fragt, ob der Antrag auf die Wendische Straße erweitert werden könne.  
Herr Lötsch antwortet, dass sich der Antrag nur auf den Geschäftsbereich beziehe. Der Siedlungsbereich sei ein anderes Thema.

Herr Vorkamp erklärt, dass er Tempo 20 nicht als Optimum sehe, es gebe noch andere Möglichkeiten.  
Herr Lötsch entgegnet, dass es sicherlich immer Steigerungsmöglichkeiten gebe.  
Herr Vorkamp erwidert, dass die Frage sei, welche Lösung erstrebenswert sei, da mit Tempo 20 das Ziel nicht erreicht werde.

Frau Hagen weist darauf hin, dass die Gewerbetreibenden in der Straße an den Stellplätzen festhalten wollen würden. Es wäre daher gut, wenn der Ausschuss ein Votum abgeben würde, wie mit den Stellplätzen umgegangen werden solle.  
Herr Lötsch antwortet, dass der Antrag nicht beinhalte, Stellplätze zu entfernen.

Herr Ramcke kritisiert, dass ein Tempo 20-Schild das Problem nicht löse, es müsste baulich unterstützt werden, bspw. mit Fußgängerfurten oder abbremsenden Elementen.  
Herr Lötsch erklärt, dass der Antrag dies beinhalte. Es solle aber ausgeschlossen sein, dass Stellplätze wegfallen.

Frau Wolke-Eichenberg sagt, dass die Verwaltung plane, am Anfang und am Ende der Straße eine Einengung einzurichten.  
Herr Biehlig fragt, ob dies im Kreuzungsbereich möglich sei, ohne dass es zu Problemen zwischen den verkehren komme.  
Frau Wolke-Eichenberg antwortet, dass die Verwaltung bei ihrer Planung darauf achten werde, dass dieses Problem nicht entstehe. Von Bodenwellen solle aber abgesehen werden, da dies für Menschen in Rettungswagen eine hohe Belastung sei.

Herr Pluschkell bittet darum, die Ergebnisse der Prüfung der Verwaltung abzuwarten.

**Antrag:**

Der Bürgermeister wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Stadtteilzentrum Hansering dieser Bereich als verkehrsberuhigter Geschäftsbereich mit einer Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h ausgewiesen wird. Zudem soll berichtet werden, wie im Hansering durch bauliche Maßnahmen (z. B. Verkehrsinsel in der Mitte der Ladenzeile) eine sichere Querungshilfe für die zunehmend ältere Bevölkerung eingerichtet werden kann.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Bauausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.*

**zu 5      Berichte**

**zu 5.1      Masterplan Skandinavienkai  
Vorlage: VO/2022/11698**

**Herr Mauritz stellt den Antrag, dass die Verwaltung prüfen solle, ob eine Einrichtung einer zweiten Ebene (zur Abstellung von Trailern) über die vorhandenen Flächen des Skandinavienkais möglich wäre, um die Grünflächenressourcen zu schonen, sowie eine Darstellung der dafür notwendigen Kosten.**

Herr Jürrens fragt, inwieweit Berechnungen über den Anstieg des Meeresspiegels Teil der Prüfung seien, da Travemünde Überschwemmungsgebiet sei.

Herr Siemens antwortet, dass dies die Festlegung der Kaioberkante betreffe, wobei es sich um eine bautechnische Vorgabe für ein Teilprojekt handle. Dies werde nicht im Masterplan Skandinavienkai berücksichtigt, sondern in den einzelnen Projekten betrachtet.

Herr Leber merkt an, dass die Frage, wie der Küstenschutz in Lübeck funktioniere eher eine Frage für den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung sei.

Herr Vorkamp erkundigt sich, auf welcher Höhe sich das Baltic Rail Gate befinde.

Herr Siemens antwortet, dass Gleisflächen sich 6,50 Meter über dem Wasserspiegel befinden würden und davon nicht betroffen wären.

Der Vorsitzende lässt über den Prüfauftrag von Herrn Mauritz abstimmen.

Für den Antrag:      14 Stimmen

*Der Bauausschuss nimmt den Prüfantrag von Herrn Mauritz einstimmig an.*

**Bericht:**

Der Hafenentwicklungsplan 2030 (HEP2030) für den PORT OF LÜBECK wurde in der Sitzung der Lübecker Bürgerschaft am 28.05.2020 beschlossen. Die im Zuge des HEP getätigten strategischen Aussagen und Prognosen zur Entwicklung der Terminallayouts sollen mit

Hilfe von Masterplänen detailliert erarbeitet und umgesetzt werden. Der hier vorliegende Masterplan zeigt die notwendigen Entwicklungsschritte für den Skandinavienkai auf, um für die Zukunft gewappnet zu sein.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Bericht zu alternativen Parkmöglichkeiten während der Sanierung des Parkhauses Falkenstraße**  
**Vorlage: 2022/11551-02-01**

Frau Haltern stellt die folgende Anfrage:

In dem Bericht wird beim Punkt "ersatzweise Parkplätze als vermietete Dauerparkplätze an der Kanalstraße" darauf hingewiesen, dass eine vorübergehende Umnutzung der Parkflächen an der Kanalstraße rechtlich nicht möglich ist. Bereits in der Vergangenheit wurde dies mit dem Ergebnis geprüft, dass weder eine stille Umnutzung der vorhandenen Parkflächen in Betracht kommt, noch eine förmliche Entwidmung ohne weiteres umsetzbar wäre.

Es gibt ja aber auch die Möglichkeit einer Teileinziehung. Hierbei wird ja die ursprüngliche Widmung nachträglich auf Nutzungsarten, Benutzerkreise oder Benutzungszwecke beschränkt. Bei Straßen bleibt ja dann der Status einer Öffentlichkeit erhalten.

1. Gilt dies nicht auch für Parkplätze?

2. Wenn ja, bestünde dann nicht die Möglichkeit einer Teileinziehung der Parkfläche 3 (122 Stellplätze) an der Klughafenbrücke?

**Antwort nachträglich zur Niederschrift:**

Durch die Einziehung verliert eine gewidmete Verkehrsfläche Ihre Eigenschaft als öffentliche Verkehrsfläche. Eine Teileinziehung dagegen bestimmt die Widmung der Verkehrsfläche nachträglich auf bestimmte einzelne Benutzungsarten, Benutzungszwecke oder Benutzerkreise.

Hier soll eine öffentliche Verkehrsfläche, ein Parkplatz, der auch regelmäßig von parkenden Fahrzeuge genutzt wird, teileingezogen werden, um die öffentliche Fläche dann weiter zum Parken, aber nur für einen bestimmten/gewünschten Benutzerkreis zur Verfügung zu stellen. Weder steht hier der Verlust der Verkehrsbedeutung an, noch liegen überwiegende Gründe des öffentlichen Wohls vor. Der Allgemeinheit würde eine Parkfläche zu Gunsten eines begrenzten Personenkreises entzogen. Auf dieser Grundlage ist eine Teileinziehung rechtlich nicht umsetzbar.

Das Wohnquartier erfüllt darüber hinaus in keiner Weise die Anforderungen zu Einrichtung eines Bewohnerparkrechts. Der Parkdruck entsteht allein von den dort im Quartier Wohnenden.

Zum besseren Verständnis ist das Verfahren für eine Einziehung und/oder auch Teileinziehung der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Pluschkell bittet darum, dass die Verwaltung die Möglichkeit prüfen solle, Jahreskarten für die Stellplätze, die für die Allgemeinheit verfügbar seien, bereitzustellen.

Herr Dr. Brock begrüßt den Vorschlag von Herrn Pluschkell, dabei könne, sofern technisch umsetzbar, auch mit Nutzungsbedingungen gearbeitet werden. Er regt an, die Fläche des ehemaligen Bosch-Centers mit zu nutzen.

Herr Pluschkell sagt, dass er überrascht wäre, dass Anwohnerparken nicht weiterverfolgt werden solle. Er wolle wissen, wie viele Anwohner es gebe, wie viele Stellflächen es in zumutbarer Umgebung gebe, und wie die Verwaltung hierbei die Zumutbarkeit definiere. Weiterhin wolle er einen Antrag bzgl. der energetischen Gestaltung des Parkhauses stellen.

Herr Dr. Brock kritisiert, dass der von Herrn Pluschkell verfolgte Antrag nichts mit dem vorliegenden Bericht zu tun habe und deswegen jetzt nicht gestellt und verhandelt werden müsse, ganz abgesehen von der Frage, ob die Verwaltung hier überhaupt zuständig sei. Derartige Wünsche könne Herr Pluschkell aber auch an den Aufsichtsrat der KWL herantragen.

Herr Leber stimmt Herrn Dr. Brocks Einschätzung zu.

Herr Lötsch weist auf das vorliegende Thema hin und bittet Herrn Pluschkell, den Antrag in einer anderen Sitzung zu stellen.

Herr Pluschkell widerspricht. Die Verwaltung könne hierzu ggf. nicht direkt beauftragt werden, aber sie könne beauftragt werden, sich mit der KWL auseinanderzusetzen.

Herr Lötsch erklärt, dass er die Vertagung beantragen würde, wenn Herr Pluschkell den Antrag stellen wolle.

Herr Pluschkell erklärt, dass er den Antrag zur nächsten Bürgerschaftssitzung stelle.

Frau Hagen weist auf die Ausführungen in der Vorlage zum Anwohnerparken hin. Die Zumutbarkeit sei außerdem definiert. Die Altstadt habe einen Sonderstatus, da aufgrund ihrer Insellage der Mangel an Stellplätzen nicht in andere Quartiere getragen werden könne.

Herr Ramcke erwidert, dass in der Verwaltungsvorschrift die Zumutbarkeit nicht weiter definiert sei.

Frau Hagen antwortet, dass es Gerichtsurteile gebe, in denen die Zumutbarkeit definiert werde.

Herr Ramcke widerspricht, da es unterschiedliche Auffassungen gebe, was als zumutbar angesehen werde, und die 1000 Meter Entfernung, die von der Hansestadt Lübeck ange setzt werden würden, nicht festgesetzt seien. Es gebe hier weitere Spielräume.

Herr Pluschkell führt aus, dass es dazu eine Vielzahl an Gerichtsurteilen gebe, aber keine höchstrichterliche Entscheidung, daher sei man frei in der Bewertung der Zumutbarkeit. Es gehe auch darum, die Interessen der Bürger:innen umzusetzen. Im 4. RNVP sei festgesetzt worden, dass die zumutbare Entfernung bis zur nächsten Bushaltestelle 300 Meter betrage, daher stelle sich die Frage, ob es eine zumutbare Ungleichbehandlung sei, wenn Autofahrer anders behandelt werden würden.

Herr Dr. Brock betont, dass die Verwaltung erstmal die Gelegenheit bekommen solle, ihre Prüfung durchzuführen und anschließend die Ergebnisse darzustellen.

**Bericht:**

Antrag von AM Christopher Lötsch (CDU) + AM Ulrich Pluschkell (SPD) im Bauausschuss am 21.11.2022 Parkhaus Falkenstrasse: Zukunftsfähige Lösung für Anwohnende erforderlich! (VO/2022/11551-01)

Antrag von CDU + SPD in der Bürgerschaft am 24.11.2022: Parkhaus Falkenstraße: Zukunftsfähige Lösung für Anwohnende erforderlich! Zu: Instandsetzung des Parkhauses „Falkenstraße“ (VO/2022/11551-02):

„Der Bauzeitplan ist mit dem Ziel, die geplante Bauzeit wesentlich zu verkürzen, zu überarbeiten. Hierbei sind auch Teil-Öffnungen zu prüfen.

Die Verwaltung wird gebeten, dafür zu sorgen, dass für die Dauer der Sanierung des Parkhauses Falkenstraße ersatzweise Parkplätze als vermietete Dauerparkplätze an der Kanalstraße beiderseits der Glitzerbrücke für Bewohnerinnen und Bewohner aus Hüntertor bereitgestellt werden. Alternativ bzw. zusätzlich sind für die Zeit der Sanierung Parkplätze auf dem Gelände des zukünftigen Mikro-Depo's an der Falkenstraße (ehemals „Scheel“) bereit zu stellen.

Zudem sollen mit der KWL GmbH und der Grundstücks-Gesellschaft TRAVE mbH Gespräche aufgenommen werden mit dem Ziel, dass diese städtischen Gesellschaften in ihrer Tiefgarage in der Falkenstraße ein Parksharing-Modell einführen – tagsüber Beschäftigte, ansonsten Anwohnerinnen und Anwohner.

Außerdem sollen Anwohnerinnen und Anwohner in Hüntertor dazu angehalten werden, einen eigenen Beitrag zur Entschärfung der Situation des ruhenden Verkehrs zu leisten, z.B. indem sie ihre wenig genutzten Kraftfahrzeuge und Zweitfahrzeuge (z.B. Wohnmobile) nicht mehr im Wohngebiet dauerparken.

Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten zu berichten, wie das Parkhaus zukunftsfähig mit Solarmodulen und ausreichend E-Mobil-Stellplätzen ausgestattet werden kann.“

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6      Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

**zu 6.1      Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

Herr Matthies fragt nach seiner Anfrage zum Parkhaus Wehdehof, die er in der Bauausschusssitzung am 21.03.2022 gestellt habe.

**Antwort nachträglich zur Niederschrift:**

Die Anfrage wurde in der Bauausschusssitzung am 21.11.2022 unter TOP 6.1.15 beantwortet.

Herr Ramcke sagt, dass es noch einen allgemeinen Bericht zum Thema Parken geben sollte. Frau Hagen erklärt, dass dieser erstellt werde, aber verwaltungsseitig noch Diskussionsbedarf bestehe.

Herr Lötsch bittet zum nächsten Ausschuss um eine Aussage der Verwaltung, wann der Bericht vorgelegt werde.

**zu 6.2 Neue Anfragen**

**zu 6.2.1 Anfrage des AM Carl Howe (GAL): Ausbesserung Geh- und Radweg entlang des Kanals  
Vorlage: VO/2023/11869**

Herr Biehlig übernimmt die Anfrage von Herrn Howe.

**Anfrage:**

Auf den Geh- und Radweg entlang des Kanals wurde auf dem Stück hinter der Brücke Hünterdamm und dem Bouleplatz eine Drainage gelegt, damit sich an der Stelle nicht mehr regelmäßig riesige Pfützen bilden. (Siehe Anhänge)

Leider ist im Zuge dessen nicht auch der Teil des Weges bis hinter die Brücke Hünterdamm Richtung Rehderbrücke durch ein Kiesbett und eine wassergebundene Oberfläche „trocken gelegt“ worden. Hier staut sich weiterhin das Wasser in großen Pfützen zum Teil über Wochen. Das hat zur Folge, dass der Weg durch Radfahrende an diesen Stellen zusätzlich ausgefahren wird, so dass die Mulden sich von Mal zu Mal vergrößern.

**Frage:** War die Beseitigung der o.g. Missstände Teil des Auftrags, als die Drainage verlegt und das untere Teilstück des Weges trocken gelegt wurde?

Plant die Verwaltung die oben beschriebenen Stellen des Weges so anzulegen, dass zukünftig Regenwasser gleichmäßig abfließt und sich nicht über längere Zeiträume Pfützen bilden können? Wenn ja, wann soll dies geschehen?

Vielen Dank!



**Antwort:**

Im letzten Jahr wurde an der Stelle durch die LPA eine Maßnahme durchgeführt, in dessen Zuge auch der Weg wiederhergestellt werden musste. Dies war allerdings auf den hergestellten Bereich begrenzt. Der Weg ist verkehrssicher und wird auch regelmäßig überprüft, mittelfristig ist auch eine generelle Überarbeitung der Fläche geplant.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.2 Anfrage des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): Straßenschäden Warendorpstrasse  
Vorlage: VO/2023/11884**

**Anfrage:**

Am 19.01.2023 wurden in der Warendorpstraße Ausbesserungen am Straßenbelag durchgeführt.

Diese wurden jedoch dilettantisch ausgeführt.  
(siehe Fotos)

- 1.) Warum wurden nicht alle offensichtlichen Schäden beseitigt?
- 2.) Sind solche Beschwerden von Anwohnern anderer Straßen bekannt?

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

<b>Abstimmungsergebnis</b>	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.3 Anfrage des AM Michael Matthies: Baumschäden durch Mobilfunkstrahlung  
Vorlage: VO/2023/11885**

**Anfrage:**

Inwieweit sind der Hansestadt Lübeck Baumschäden durch Mobilfunkstrahlung bekannt und welche Aktivitäten wurden und werden daraus eingeleitet?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.3 Mitteilungen des Vorsitzenden**

**zu 6.4 Sonstige Mitteilungen**

**zu 6.4.1 Mündliche Mitteilung (5.660): Aufhebung Radwegbenutzungspflicht Marliring**

Frau Wulke-Eichenberg stellt die Maßnahme vor und beantwortet Fragen der Politik.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**zu 6.4.2 Mündliche Mitteilung (5.651): Vorstellung der Maßnahme "neuer Lehrraum für den Lehrbereich Systemgastronomie" (Gewerbeschule für Nahrung und Gas-**

tronomie)

Herr Bunk leitet in das Thema ein.

Frau Bohl stellt die Maßnahme anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor, und beantwortet Fragen der Politik.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**zu 6.4.3 Mündliche Mitteilung (5.610): Regeln zum Wohnungsmarkt in SH und Bauplandmobilisierungsgesetz**

Herr Schröder stellt die rechtlichen Möglichkeiten dar und beantwortet Fragen der Politik. Er weist darauf hin, dass eine schriftliche Ausarbeitung des Themas im Nachgang an die Niederschrift als Anlage beigefügt werde.

Herr Lötsch bittet darum, dass Thema erneut auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Ausarbeitung dem Bauausschuss vorgelegen habe.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 7.1 Antrag des AM Michael Matthies (Die Unabhängigen): zu VO/2022/11224 Fuß- und Radwegführung zwischen Possehlstr. und Willy-Brandt-Allee  
Vorlage: VO/2022/11224-01**

Gemäß TOP 1 vertagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
Ohne Votum		

**zu 7.1.1 AM Pluschkell: AT zu ÄA zu VO/2022/11224 Fuß- und Radwegführung  
Vorlage: VO/2023/11918-03**

Gemäß TOP 1 vertagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 8      Verschiedenes**

Herr Leber weist auf den Beschluss aus der Vorlage VO/2021/10150 zum Umgang mit dem Parkverkehr hin.

**zu 9      Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 17:45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.  
Die Sitzung wird um 17:47 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Es wird um die Anwesenheit von Herrn Schröder (5.610) und Herrn Bunk (5.651) gebeten.  
*Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.*

**zu 13.3.2 Mündliche Mitteilung: Haus Seeblick**

Herr Schröder berichtet zum aktuellen Sachstand und beantwortet Fragen der Politik.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

**zu 15      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil Beschlüsse gefasst habe.

Er beendet die Bauausschusssitzung um 17:57 Uhr.

Lübeck, den 9. Juni 2023

Christopher Lötsch  
Vorsitzende/r

Wilk Wendorff  
Protokollführung